



Verbandsversammlung am 15. Dezember 2017

- öffentlich -

Vorlage zu TOP 7

Planungsteam Bodensee-Oberschwaben GmbH

Beteiligung des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben

- Beschluss

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung stimmt dem Beitritt des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben zu der zu gründenden PBO-GmbH zu. Die hierfür notwendigen Finanzierungsmittel sind gemäß dem vorgeschlagenen Geschäftsmodell bzw. dem vorgelegten Entwurf des Notarvertrages bereitzustellen.

Vorberatung im Planungsausschuss am 28.11.2017

Der Planungsausschuss empfiehlt der Verbandsversammlung bei zwei Gegenstimmen und acht Enthaltungen mehrheitlich, den vorgenannten Beschluss zu fassen.

Die Region Bodensee-Oberschwaben hat es nach gemeinsamer Kraftanstrengung erreicht, dass zwölf Bundesstraßenmaßnahmen in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP) aufgenommen worden sind. Darüber hinaus hat sich die Region auf eine Priorisierung dieser Maßnahmen verständigt (s. Anlage 1). Die Maßnahmen Nummer 1 (B30 Friedrichshafen-Ravensburg) und Nummer 2 (B31 Meersburg-Immenstaad) werden bereits beplant. Darüber hinaus besteht allerdings aufgrund des gravierenden Mangels an planerischen Kapazitäten bei den zuständigen Landesbehörden die große Gefahr, dass der Löwenanteil der im Vordringlichen Bedarf befindlichen weiteren Planungsmaßnahmen von den zuständigen Behörden in den nächsten Jahren überwiegend nicht in Angriff genommen werden kann. Dies vor dem Hintergrund, dass voraussichtlich auf Bundesebene ausreichend Geld zur Realisierung dieser Projekte zur Verfügung stehen wird.

Somit stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang gegebenenfalls Dritte diese Planungen verantwortlich übernehmen können oder wollen. Das Land Baden-Württemberg arbeitet derzeit an einer entsprechenden Rechtsgrundlage zur Übertragung der Planungskompetenz an nachgelagerte Ebenen. (Entwurf Eckpunktepapier vom 2. August 2017, VwV Finanzierungsbeteiligung Straßen vom 18. Juni 2009)

Die Region Bodensee-Oberschwaben ist eine der wirtschaftsstärksten Regionen in Europa. Die Zukunftsperspektiven hinsichtlich Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sind hervorragend. An einem Punkt weist die Region allerdings seit vielen Jahrzehnten fundamentale Defizite auf, nämlich im Bereich der Basisinfrastruktur von Schiene und Straße. Dabei ist die verkehrliche Belastung bereits heute auf vielen Straßen sehr hoch und wird nach allen Prognosen in Zukunft weiter deutlich zunehmen. Lt. BVWP beim PKW-Verkehr voraussichtlich um 10 % und beim LKW-Verkehr sogar um 39 % bis 2030.

Somit ist die starke Berücksichtigung von Straßen- und Schienenvorhaben (Südbahn) im BVWP 2030 mehr als gerechtfertigt und sehr zu begrüßen. Wenngleich es sich dabei eher um die sprichwörtliche "Taube auf dem Dach" zu handeln scheint. Die kommunale und regionale Politik sollte daher alles daran setzen, dass die Unzulänglichkeiten im Bereich des Straßen- und Schienennetzes nicht mittel- und längerfristig zum zentralen Hemmschuh für die zukünftige Entwicklung der Region werden. Regelmäßige Umfragen der IHK belegen, dass leistungsfähigere Verkehrswege nach wie vor für die meisten Unternehmen in der Region zu den wichtigsten Standortfaktoren gehören. Vor diesem Hintergrund gilt es in den verantwortlichen Gremien der Kreistage, des Regionalverbandes und der begünstigten Kommunen zu beraten und zu entscheiden, ob sich die Region in dieser existenziellen Frage künftig engagieren will oder aber nicht. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden rechtlichen und faktischen Rahmenbedingungen wurde bereits vorsorglich ein mögliches Geschäftsmodell für die Planung von Bundesstraßen in kommunaler Verantwortung, das im Anhang dargestellt ist, entwickelt (s. Anlage 2). Dabei wäre die zentrale Zielsetzung, die nächsten 3 Maßnahmen auf der Prioritätenliste der Region (B311 n /B313 Engelswies-Mengen, B30 Lückenschluss Enzisreute-Gaisbeuren, B31 FN Waggershausen – B30 alt) zügig und parallel in Angriff zu nehmen. Es wird unterstellt, dass der Molldieter-Tunnel (Maßnahme Nr. 3 auf der Prioritätenliste) vom Land beplant wird. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Molldieter-Tunnel bei der im Herbst d. J. anstehenden Priorisierung des Landes entsprechend hoch eingestuft wird.

Zur konkreten Aufgabenbewältigung bietet sich eine GmbH-Lösung an, wegen der möglichen Haftungsbegrenzung, vor allem aber wegen einer flexiblen Handhabbarkeit der vielen Teilaufgaben. Als Gesellschafter werden die drei Landkreise der Region (Bodenseekreis, Ravensburg, Sigmaringen) und der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben sowie die Landsiedlung Baden-Württemberg (3 x 32, 1, 3 %) vorgeschlagen. Die begünstigten Städte und Gemeinden sollten als Zuschussgeber fungieren und würden über die Facharbeitskreise inhaltlich und verfahrenstechnisch voll eingebunden. Die IHK könnte sich eine Beteiligung als Zuschussgeber vorstellen, mit der privaten Wirtschaft sollen noch Gespräche geführt werden.

Wichtigste Aufgabe einer "Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH (PBO)" wäre die Steuerung des gesamten Planungsprozesses im weitesten Sinne. Die wesentlichen Einzelaufgaben sind in Anlage 2 aufgeführt. Dafür bedarf es ganz zentral eines fachkundigen, erfahrenen Projektmanagers/in für den Bereich Verkehr (Leiter), eines zusätzlichen Managers/in für den Bereich Umwelt und einer Assistenz (50 %). Dieses Projektteam kann nicht "freischwebend" agieren, sondern muss an bestehende Organisationsstrukturen in der Region angebunden werden, beispielsweise beim Regionalverband Bodensee-Oberschwaben. Mindestens in der Aufbauphase wäre es von Vorteil, wenn die Geschäftsführung der GmbH (Teilzeit) von einer in der Region verankerten und vernetzten Person übernommen werden könnte. Landratsämter und Kommunen müssten dauerhaft ihre verfügbaren personellen und fachlichen Ressourcen adäquat einbringen und technischen Support leisten. Der Personal- und Sachaufwand würde vermutlich rund 500 TEUR pro Jahr ausmachen und müsste zu jeweils einem Drittel von den 3 Landkreisen getragen werden. Die Planungskosten lassen sich in einer Größenordnung von 10 % aus den im BVWP errechneten Projektkosten von insgesamt 229 Mio. EUR für die 3 beabsichtigten Maßnahmen ableiten, d.h. rund 2,5 Mio. EUR pro Jahr über voraussichtlich 10 Jahre Planung und Rechtsverfahren bis zum Planfeststellungsbeschluss. Dabei würde jeder Landkreis jeweils „seine Straße“ finanzieren. Das Land würde den Bundeszuschuss für die Planung, aktuell maximal 3 % der Gesamtkosten, an die PBO-GmbH weitergeben. Die Länder verhandeln derzeit mit dem Bund über eine deutliche Erhöhung dieses Planungskostenzuschusses.

Der Entwurf des möglichen Gesellschaftsvertrags ist als Anlage 3 beigefügt.

Prioritätenliste des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben mit Bewertungen des BVWP 2030

Rang	Nach Prioritätenliste RVBO	Projektbezeichnung	Kriterien nach BVWP 2030							Planungsstand	
			Einstufung BVWP 2030	VFS 0/1	Kosten (Mio. €)	Verkehrs- belastung (Kfz/24h)	Modul A (NKV)	Modul B	Modul C		Modul D
1		B 30 Friedrichshafen (B 31) – Ravensburg/ Eschach	VB	ja	111,8	30.000	8,3	mittel	nicht bewertungsrelevant	unbedeutend	Vorplanung/ Linienfindung
2		B 31 Meersburg/W – Immenstaad	VB	ja	120,5	32.000 (Hauptprojekt)	8,8 (Hauptprojekt)	mittel	nicht bewertungsrelevant	hoch	ROV+Linienbestimmung
3		B 32 OU Ravensburg (Moldiete-Tunnel)	VB	nein	107,7	19.000	4,0	gering	nicht bewertungsrelevant	gering	RE-Entwurf (neu zu erstellen)
4		B 311n/B 313 Engelswies – Vilsingen und Sigmaringen – Mengen	VB	ja	106	11.000	4,0	hoch	gering	unbedeutend/ mittel	ROV+Linienbestimmung+ Vorplanung
5		B 30 Lückenschluss OU Enzisreute und Gaisbeuren	VB	ja	92,9	25.000	6,9	mittel/ gering	gering	unbedeutend/ mittel	Ohne Planung
6		B 31 Friedrichshafen/ Waggershausen – FN/B 30 alt	VB	ja	29,2	38.000	4,6	mittel	nicht bewertungsrelevant	unbedeutend	Ohne Planung

Rang	Projektbezeichnung	Kriterien nach BVWP 2030									
		Einstufung BVWP 2030	VFS 0/1	Kosten (Mio. €)	Verkehrsbelastung (Kfz/24h)	Modul A (NKV)	Modul B	Modul C	Modul D	Planungsstand	
7	B 31 Überlingen/O – Oberuhdingen	VB	ja	41	32.000 (Hauptprojekt)	8,8 (Hauptprojekt)	mittel	nicht bewertungsrelevant	unbedeutend	ROV+Linienbestimmung	
8	B 31 Oberuhdingen – Meersburg/W	VB	ja	112,8	32.000 (Hauptprojekt)	8,8 (Hauptprojekt)	mittel	nicht bewertungsrelevant	unbedeutend	ROV+Linienbestimmung	
9	B 467 Querspange Tettwang (Hirschlattettnang)	VB	ja	9,1	16.000	>10	gering	nicht bewertungsrelevant	unbedeutend	Ohne Planung	
10	B 32 Verlegung bei Blitzenreute (OU Blitzenreute)	VB	ja	21,1	10.000	5,5	mittel	nicht bewertungsrelevant	hoch	Ohne Planung	
11	B 12 OU Großholzleute	VB	ja	11,4	12.000	6,6	hoch	nicht bewertungsrelevant	hoch	Ohne Planung	
12	B 32 OU Staig	VB	ja	25,9	11.000	3,4	mittel	nicht bewertungsrelevant	unbedeutend	Ohne Planung	

Erläuterungen:

Die Daten stammen aus dem Projektinformationssystem (PRINS) des BVWP 2030.

Einstufung: VB=Vordringlicher Bedarf, WB*=Weiterer Bedarf mit Planungsrecht, WB=Weiterer Bedarf.

VFS 0/1: Räumliche Verbindungsfunktionsstufe 0 bzw. 1 nach Richtlinie für die integrierte Netzgestaltung (RIN) = großräumig wirksames Projekt

Kosten: Gesamtprojektkosten (Bruttokosten ohne Planungskosten, Preisstand 2014).

Verkehrsbelastung: Künftige mittlere Verkehrsbelastung im Planfall 2030.

Modul A (NKV): Nutzen-Kosten-Verhältnis.

Modul B: Umweltbetroffenheit.

Modul C: Raumordnerische Bedeutung.

Modul D: Städtebauliche Bedeutung.

Anmerkung: Bei der Bewertung der Maßnahme „B 30 Friedrichshafen (B 31) – Ravensburg/Eschach“ wurde die Westvariante zu Grunde gelegt. Dies bedeutet jedoch noch keine Festlegung auf eine bestimmte Variante.

Planungsteam Bodensee-Oberschwaben

(PBO-GmbH)

Rechtsform:	GmbH (angehängt an bestehende Organisation)
Organe:	GV + GF
Sitz:	Ravensburg
Gesellschafter:	3 Landkreise, RVBO, Landsiedlung (3 x 32, 1, 3 %)
Zweck:	Planung BVWP-Maßnahmen 4 – 6 (226 Mio.)

Aufgabenkatalog PBO-GmbH

1. Aufbau Trägergesellschaft (Notarvertrag, Gremienbeschlüsse, WP (RWT), Rechtsaufsicht, Zuschussgeberverträge, etc.)
2. Prozesssteuerung zur Erlangung des Baurechts
3. Organisationsstruktur, Personalaufbau, Geschäftsordnung
4. Vergabekonzept (gem. Betreuungskonzept in VO)
5. Ermittlung Grundlagen + Verfahrensstand der zu planenden Maßnahmen (LRA)
6. Vergabe Planungsleistungen (Straße, Umwelt, Artenschutz, Lärm,), Gutachten
7. Facharbeitskreise (Verkehr, Umwelt), Beirat
8. Öffentlichkeitsarbeit, Infoveranstaltungen, Gremieninfo
9. Flächenmanagement / Grunderwerb durch Landsiedlung
10. Verfahrens- / Planungsabstimmung Bund, Land (RP)
11. Frühzeitige Einbeziehung und kontinuierliche Abstimmung TöB
12. Ausgleichsflächenmanagement (ReKo)
13. Risikomanagement

Personal + Budget

Personal:	Geschäftsführer (Teilzeit) + Assistenz (50 %) 1 Lfd. Projektmanager (Verkehr), 1 zusätzlicher Projektmanager (Umwelt) Unterstützung Gesellschafter (LRA, RVBO, Kommunen)
	dazu: Facharbeitskreis Verkehr: (3 LRA, RVBO, Zuschussbergemeinden) Facharbeitskreis Umwelt: (3 LRA, RVBO, Zuschussbergemeinden) Politischer Begleitkreis: (LR, VD, OB + BM)
Budget:	Personal- und Sachkosten 500 TEUR / Jahr Planungskosten, 2,5 Mio. EUR / Jahr (10 % von 229 Mio. über 10 Jahre bis PFB davon: Bodenseekreis 3 Mio. EUR, Ravensburg 9,3 Mio. EUR, Sigmaringen 10,6 Mio. EUR Rückerstattung Bund: derzeit max. 3 %)
	Betreuungskosten Land, RP 50 TEUR/Jahr (Auskunft VM)
Zuschussgeber	IHK 50 TEUR / Jahr Begünstigte Gemeinden? Private / Wirtschaft?

Stand: September 2017

Wilfried Franke, Verbandsdirektor

Gesellschaftsvertrag

Planungsteam Bodensee-Oberschwaben GmbH (PBO-GmbH)

Präambel

Im Rahmen der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) 2030 hat sich die Region Bodensee-Oberschwaben auf eine gemeinsame Prioritätenliste (s. Anhang) für die wichtigsten Bundesstraßenbaumaßnahmen in der Region verständigt. Alle diese Maßnahmen sind im BVWP 2030 im Vordringlichen Bedarf eingruppiert und können damit umgesetzt werden.

Die Planung der Bundesstraßenbaumaßnahmen soll möglichst zeitnah umgesetzt werden. Insbesondere die Planung der ersten sechs Maßnahmen auf der Liste soll baldmöglichst und parallel begonnen werden.

Da nur die Maßnahmen Ziff. 1 und 2 bereits mit einem gemeinsamen Planerteam des Regierungspräsidiums Tübingen beplant werden, soll im Rahmen der GmbH der Aufbau einer Planungsorganisation vor Ort erreicht und so die zeitnahe Planung auch der Maßnahmen Ziff. 4 bis 6 ermöglicht werden. Hinsichtlich der Maßnahme Ziff. 3 wird davon ausgegangen, dass diese im Rahmen der Prioritätenliste des Landes im Herbst 2017 beplant werden kann.

§ 1

Firma, Rechtsform und Sitz

(1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma

Planungsteam Bodensee-Oberschwaben GmbH.

(2) Sitz der Gesellschaft ist Ravensburg.

§ 2

Unternehmensgegenstand

(1) Zweck der Gesellschaft ist die Planung bzw. Planungsorganisation von BVWP-Projekten vor Ort.

Gegenstand des Unternehmens ist zunächst die Durchführung bzw. Organisation der Planung der Bundesstraßenbaumaßnahmen Ziff. 4 bis 6 der Prioritätenliste des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben: B 311n/B313 Engelswies – Vilsingen und Sigmaringen – Mengen, B 30 Lückenschluss OU Enzisreute und Gaisbeuren sowie B 31 Friedrichshafen/Waggershausen – FN/B 30 alt. Soweit Bedarf besteht und die erforderlichen Ressourcen verfügbar sind, auch die Planung weiterer Straßenbaumaßnahmen in der Region Bodensee-Oberschwaben.

Der Gegenstand des Unternehmens wird insbesondere verwirklicht durch

- Prozesssteuerung und Verfahrensmanagement
- die Ermittlung der Grundlagen und des Verfahrensstandes der zu planenden Maßnahmen
- die Erstellung eines Vergabekonzeptes und die Vergabe von Planungsleistungen und Gutachten
- die Einrichtung von Facharbeiterkreisen und einem Beirat
- Öffentlichkeitsarbeit, Informationsveranstaltungen, Gremieninformation
- Flächenmanagement/Unterstützung des Grunderwerbs durch die Landsiedlung und die Gemeinden
- die Verfahrens- und Planabstimmung mit dem Bund und dem Land Baden-Württemberg
- die frühzeitige Einbeziehung und kontinuierliche Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange
- Ausgleichsflächenmanagement
- Risikomanagement

Ziel ist die Planung bis zur Erlangung des jeweiligen Planfeststellungsbeschlusses.

Die Übernahme der Planungsorganisation erfolgt unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg, Stand 02.08.2017 und der VwV Finanzierungsbeteiligung Straßen vom [...]. Es werden keine eigenwirtschaftlichen Zwecke verfolgt.

- (2) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

§ 3

Stammkapital und Einlagen, Finanzierung

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 25.000.
- (2) Das Stammkapital der Gesellschaft ist eingeteilt in 25.000 Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 1 bis 25.000 im Nennbetrag von jeweils € 1,--. Hiervon haben übernommen:
- a) der Landkreis Bodenseekreis 8.000 Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 1 bis 8.000 gegen Bareinlage in Höhe der Nennbeträge,
 - b) der Landkreis Ravensburg 8.000 Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 8.001 bis 16.000 gegen Bareinlage in Höhe der Nennbeträge,
 - c) der Landkreis Sigmaringen 8.000 Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 16.001 bis 24.000 gegen Bareinlage in Höhe der Nennbeträge,
 - d) der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben 250 Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 24.001 bis 24.250,
 - e) die Landsiedlung 750 Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 24.251 bis 25.000.

- (3) Die von den Gesellschaftern übernommenen Geschäftsanteile sind sofort vollständig und in bar einzubezahlen.
- (4) Die für den Geschäftsbetrieb erforderlichen Personal- und Sachkosten werden von den Landkreisen zu jeweils einem Drittel getragen. Ausgehend von den Voraussetzungen zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Gesellschaftsvertrags werden die Personal- und Sachkosten voraussichtlich ca. € 500.000 im Jahr betragen.
- (5) Die Kosten, die als Planungskosten einer konkreten Straßenbaumaßnahme zugeordnet werden können, werden von den Landkreisen insoweit getragen, wie sie auf die im jeweiligen Landkreis liegende Maßnahme entfallen. Die Planungskosten werden, verteilt über einen Zeitraum von 10 Jahren, voraussichtlich ca. € 10,6 Mio. für die Maßnahme Ziff. 4 im Landkreis Sigmaringen, ca. € 9,3 Mio. für die Maßnahme Ziff. 5 im Landkreis Ravensburg sowie ca. € 3 Mio. für die Maßnahme Ziff. 6 im Bodenseekreis betragen. Grundlage für die Berechnung sind die voraussichtlichen Kosten für die Baumaßnahmen (vgl. Prioritätenliste des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben, davon voraussichtlich 10 %).
- (6) Jeder Landkreis kann mit seinen durch die Maßnahmen begünstigten Städten und Gemeinden eine Kostenbeteiligung vereinbaren.

§ 4

Beginn und Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

- (1) Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Dauer geschlossen.
- (2) Das Geschäftsjahr beginnt am 01. Januar eines Jahres und endet am 31. Dezember.
- (3) Das erste Geschäftsjahr beginnt mit Eintragung und endet am 31. Dezember dieses Jahres.

§ 5

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind

1. die Geschäftsführung
2. die Gesellschafterversammlung

§ 6

Geschäftsführung, Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer, die von der Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen werden.

- (2) Die Zuständigkeit für Abschluss, Änderung oder Beendigung von Dienstverträgen mit Geschäftsführern liegt bei der Gesellschafterversammlung.
- (3) Die Geschäftsführer haben den Gesellschaftern in der Regel einmal jährlich zu berichten. Der jährliche Bericht ist schriftlich zu erstatten. Unabhängig hiervon berichtet die Geschäftsführung den Gesellschaftern, sofern es die Situation erfordert, auch in kürzeren Abständen.
- (4) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.
- (5) Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann einem oder mehreren Geschäftsführern allgemein oder im Einzelfall Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden.
- (6) Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann jeder Geschäftsführer allgemein oder im Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
- (7) Die Geschäftsführer haben die Geschäfte der Gesellschaft sorgfältig und gewissenhaft nach Maßgabe der Gesetze und des Gesellschaftsvertrags zu führen. Sie sind an die Beschränkungen gebunden, die sich aus dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag in seiner jeweils gültigen Fassung oder aus Beschlüssen der Gesellschafterversammlung ergeben. Die Gesellschafterversammlung kann eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung beschließen.
- (8) Die Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen. Näheres kann in der von der Gesellschafterversammlung zu beschließenden Geschäftsordnung geregelt werden.

§ 7

Gesellschafterversammlungen, Einberufung, Beschlussfähigkeit

- (1) Die Gesellschafterversammlung ist in den im Gesetz oder Gesellschaftsvertrag bestimmten Fällen sowie dann einzuberufen, wenn das Interesse der Gesellschaft dies erfordert. Die Gesellschafterversammlung tritt mindestens einmal im Geschäftsjahr zusammen. Gesetzliche Fristen sind dabei zu beachten.
- (2) Die Gesellschafterversammlung wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer, unabhängig von der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis einberufen. Jeder Gesellschafter kann verlangen, dass eine Gesellschafterversammlung einberufen wird, wenn es im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.
- (3) Die Einberufung erfolgt schriftlich unter Angabe von Ort, Tag, Zeit und Tagesordnung mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen. Die Frist beginnt mit der Aufgabe der

Einladung zur Post, wobei der Tag der Absendung und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet werden. Bei Eilbedürftigkeit kann die Einberufung mit angemessen kürzerer Frist erfolgen.

- (4) Die Gesellschafterversammlung wählt mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen einen Sitzungsleiter für einen Zeitraum von zwei Jahren.
- (5) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Landkreise und der Regionalverband vertreten sind. Sofern dies nicht der Fall ist, ist eine neue Gesellschafterversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die vorstehende Regelung über die Beschlussfähigkeit beschlussfähig, worauf in der Einberufung ausdrücklich hinzuweisen ist.
- (6) Jeder Gesellschafter kann sich in der Gesellschafterversammlung durch einen anderen Gesellschafter oder einen Dritten vertreten lassen. Der Bevollmächtigte muss sich durch schriftliche Vollmacht legitimieren.
- (7) Soweit über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung nicht eine notarielle Niederschrift aufgenommen wird, ist zu Beweis Zwecken über den Verlauf der Versammlung eine Niederschrift anzufertigen. Darin sind Ort und Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse der Gesellschafter anzugeben. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen. Jedem Gesellschafter ist innerhalb von acht Wochen eine Abschrift der Niederschrift zu übersenden. Die Niederschrift wird in der jeweils darauffolgenden Sitzung beschlossen.

§ 8

Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Die Gesellschafterversammlung beschließt in allen durch Gesetz oder diesen Gesellschaftsvertrag bestimmten Fällen. Sie beschließt insbesondere über:
 - a. die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstandes,
 - b. die Errichtung, den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern dies im Verhältnis zum Geschäftsumfang der Gesellschaft wesentlich ist,
 - c. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
 - d. Finanzierungsfragen.
- (2) Die Gesellschafterbeschlüsse werden in Versammlungen gefasst. Der Abhaltung einer Gesellschafterversammlung bedarf es nicht, wenn sämtliche Gesellschafter sich mit der Abstimmung in anderer Form - Schriftform, elektronischer Form, Textform oder mündlich (auch fernmündlich) - einverstanden erklären und zwingende Formvorschriften dem nicht entgegenstehen. Präsenzbeschlüsse können mit Umlaufbeschlüssen kombiniert werden.

- (3) Die Gesellschafter fassen ihre Beschlüsse, soweit nicht durch zwingende gesetzliche Vorschriften oder durch den Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (4) Beschlüsse über folgende Angelegenheiten bedürfen der Zustimmung von mindestens zwei Landkreisen und dem Regionalverband:
- Änderungen des Gesellschaftsvertrags
 - Beschlüsse über die Aufnahme weiterer Gesellschafter; ebenso über die Voraussetzungen der jeweiligen Aufnahme eines Gesellschafters
 - Bestellung eines Beirats und die Beiratsordnung
 - Bestimmung und Änderung der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung
 - Erhöhung und Herabsetzung des Stammkapitals
 - Gründung und Erwerb von Gesellschaften, Beteiligungen an Gesellschaften und Errichtung von Zweigniederlassungen
 - Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer, sowie der Abschluss, die Änderung und Beendigung von Dienstverträgen mit Geschäftsführern
 - Auflösung der Gesellschaft
- (5) Gesellschafterbeschlüsse können nur innerhalb von sechs Wochen nach Empfang der Niederschrift durch Klage angefochten werden.
- (6) Sind sämtliche Gesellschafter anwesend oder vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden, können Beschlüsse auch gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten sind.

§ 9

Beirat

Die Gesellschafterversammlung kann beschließen, dass die Gesellschaft einen Fach-Beirat erhält. Näheres kann in einer von der Gesellschafterversammlung zu beschließenden Beiratsordnung geregelt werden.

§ 10

Kapitalerhöhung

- (1) Bei einer Kapitalerhöhung sind alle Gesellschafter berechtigt, das erhöhte Kapital zu übernehmen, und zwar, wenn sie nichts anderes vereinbaren, im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Von dem Recht kann auch teilweise Gebrauch gemacht werden.
- (2) Soweit Gesellschafter von dem Recht nach Absatz 1 keinen Gebrauch machen, sind die Mitgesellschafter berechtigt, den nicht übernommenen Erhöhungsbetrag zu

übernehmen. Machen mehrere von diesem Recht Gebrauch, so ist der nach Absatz 1 nicht übernommene Erhöhungsbetrag unter sie im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zu verteilen, sofern sie nichts anderes vereinbaren.

- (3) Das Recht nach Absatz 1 ist innerhalb von einem Monat, dasjenige nach Absatz 2 innerhalb von zwei Monaten seit der Beschlussfassung über die Kapitalerhöhung durch Abgabe einer notariell beurkundeten oder beglaubigten Übernahmeerklärung gegenüber der Gesellschaft auszuüben. Der Kapitalerhöhungsbeschluss kann hiervon abweichende Fristen festsetzen.

§ 11

Wirtschaftsplan

- (1) Für den Wirtschaftsplan und für die Finanzplanung sind die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften sinngemäß anzuwenden. Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Wirtschaftsplan und Finanzplan sind möglichst frühzeitig den Gesellschaftern zu übersenden.
- (2) Die Geschäftsführung hat dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft gewährleisten.

§ 12

Jahresabschluss, Lagebericht, Ergebnisverwendung

- (1) Die Geschäftsführung hat nach Ablauf des Geschäftsjahres innerhalb der gesetzlichen Frist den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und den Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen. Jahresabschluss und Lagebericht haben den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung zu entsprechen. Sie sind klar und übersichtlich aufzustellen und müssen im Rahmen der Bewertungsvorschriften einen möglichst sicheren Eindruck in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft geben. Im Lagebericht sind zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.
- (2) Der Jahresabschluss mit Lagebericht und Prüfbericht ist möglichst frühzeitig den Gesellschaftern zu übersenden.
- (3) Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden durch eine jährlich von der Gesellschafterversammlung gewählte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Für die Prüfung des Abschlussprüfers gelten die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften entsprechend. Den Gesellschaftern werden die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt. Durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird im Rahmen der

Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung geprüft und im Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind auch die in § 53 Abs. 1 Nr. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz genannten Darstellungen enthalten.

- (4) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss mit Lagebericht und Prüfbericht mit ihrem Vorschlag über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses unverzüglich der Gesellschafterversammlung vorzulegen.
- (5) Die Gesellschafterversammlung hat in den ersten sechs Monaten des neuen Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresüberschusses, über die Verwendung des Jahresergebnisses und über die Entlastung der Mitglieder der Geschäftsführung zu beschließen.
- (6) Die Gesellschafterversammlung beschließt unter Beachtung des Absatzes 5 über die Verwendung des Jahresergebnisses mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (7) 10% des Jahresüberschusses (nach Abzug eines etwaigen Verlustvortrages) ist einer Gewinnrücklage zuzuführen bis die Rücklage 100% des Stammkapitals erreicht. Die Rücklage darf nur zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrages, eines Verlustvortrages oder zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln verwendet werden.
- (8) Das Nähere bestimmt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach den Vorschriften des GmbH-Gesetzes und den Regelungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches.
- (9) Die Rechnungsprüfungsämter der Gesellschafter und die für die überörtliche Prüfung zuständigen Prüfungsbehörden haben die Befugnisse nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz.

§ 13

Verfügung über Geschäftsanteile

- (1) Jede Verfügung über Geschäftsanteile (auch Teilgeschäftsanteile), insbesondere Übertragungen, einschließlich von Treuhandverhältnissen, Verpfändungen und Nießbrauchsbestellungen ist nur aufgrund eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung zulässig.
- (2) Die Gesellschafter haben ein Vorkaufsrecht im Verhältnis ihrer Stammeinlagen. Macht ein Gesellschafter davon nicht innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Beschlussfassung Gebrauch, geht das Vorkaufsrecht anteilig auf die verbliebenen Gesellschafter und schließlich auf die Gesellschafter über.
- (3) Der Kaufpreis bemisst sich nach § 16.

§ 14

Ausscheiden aus der Gesellschaft

- (1) Die Kündigung ist nur aus wichtigem Grund zulässig (Austritt).

Kündigt ein Gesellschafter die Gesellschaft, so wird sie durch die übrigen Gesellschafter fortgeführt, wenn diese nicht innerhalb von 6 Monaten nach Zugang der Kündigungserklärung die Auflösung beschließen. In letzterem Fall nimmt der kündigende Gesellschafter an der Liquidation teil; ansonsten scheidet er aus der Gesellschaft gemäß nachstehender Bestimmungen aus.

- (2) Die Gesellschaft kann die Geschäftsanteile des ausscheidenden Gesellschafters nach § 15 einziehen. Ersatzweise kann die Gesellschafterversammlung die in § 15 Abs. 3 vorgesehenen Maßnahmen beschließen.
- (3) Ist der Beschluss über die Einziehung oder die Ersatzmaßnahme nach § 15 Abs. 3 nicht spätestens 3 Monate nach dem Datum, zu dem die Kündigung wirksam wird (Kündigungstermin), gefasst, kann der ausscheidende Gesellschafter die Einziehung seiner Geschäftsanteile verlangen.
- (4) Eine Einziehung wird unabhängig von der Bezahlung der Abfindung wirksam. Im Fall einer Ersatzmaßnahme nach § 15 Abs. 3 hat der ausscheidende Gesellschafter kein Recht, die Übertragung seiner Geschäftsanteile von der Bezahlung der Abfindung abhängig zu machen. In beiden Fällen erfolgt die Einziehung/Übertragung mit wirtschaftlicher Wirkung zum Kündigungstermin; dieser gilt als Zeitpunkt des Ausscheidens im Sinne des § 16.
- (5) Das Stimmrecht eines Gesellschafters, der die Gesellschaft gekündigt hat, ruht ab dem Zugang der Kündigung bei der Gesellschaft.

§15

Einziehung eines Geschäftsanteils

- (1) Ein Geschäftsanteil kann mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters jederzeit eingezogen werden.
- (2) Die Geschäftsanteile eines Gesellschafters können in folgenden Fällen ohne seine Zustimmung eingezogen werden.
- In der Person des Gesellschafters ist ein wichtiger Grund gegeben, der seine Ausschließung aus der Gesellschaft rechtfertigt.
 - Der Gesellschafter kündigt die Gesellschaft außerordentlich (Austritt) oder der Gesellschafter erhebt Auflösungsklage.
 - Über das Vermögen der Gesellschaft wird rechtskräftig das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird mangels Masse abgelehnt.

- d. Ein Gläubiger des Gesellschafters betreibt aufgrund eines nicht nur vorläufig vollstreckbaren Titels eine Zwangsvollstreckung in den Geschäftsanteil oder in Ansprüche des Gesellschafters gegen die Gesellschaft und die Vollstreckungsmaßnahme wird nicht innerhalb von zwei Monaten, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils aufgehoben.
 - e. Wenn die Auflösung der Gesellschaft durch die Gesellschafterversammlung beschlossen wird oder die Auflösung oder Liquidation aus sonstigen Gründen erfolgt.
- (3) Statt der Einziehung kann die Gesellschafterversammlung mit Zustimmung von mindestens 2 Landkreisen und dem Regionalverband beschließen, dass die Geschäftsanteile auf eine oder mehrere von ihr genannte Personen zu übertragen sind. Der betroffene Gesellschafter hat kein Stimmrecht. Für eine solche Übertragung ist ein Beschluss im Sinne von § 13 nicht erforderlich.
- (4) Der ausscheidende Gesellschafter erhält eine Abfindung entsprechend § 16. Im Falle der Abtretung aufgrund der Regelung in Abs. 3 erhält der Gesellschafter vom Abtretungsempfänger ein entsprechendes Entgelt, wofür die Gesellschaft haftet.
- (5) Im Falle des Abs. 2 lit. c und/oder lit. d ruhen die Rechte des Gesellschafters vom Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bzw. der Zustellung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses bis zu seinem tatsächlichen Ausscheiden.

§ 16

Abfindung

- (1) Die nachstehenden Abfindungsregelungen werden von den Gesellschaftern bewusst und in Kenntnis der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Zulässigkeit von Buchwertklauseln in Gesellschaftsverträgen vereinbart, um die Gesellschaft zu schützen und ihren Bestand dauerhaft zu sichern. Die Gesellschafter sind sich darüber im Klaren, dass der Verkehrswert ihres Geschäftsanteils den nach den nachstehenden Bestimmungen zu ermittelnden Wert übersteigen könnte.
- (2) Ein nach §§ 14 oder 15 aus der Gesellschaft ausscheidender Gesellschafter erhält für seine Beteiligung eine Abfindung in Geld in Höhe des Buchwertes der Beteiligung. Als Buchwert gilt der anteilig auf den ausscheidenden Gesellschafter entfallende Buchwert des handelsrechtlichen Eigenkapitals im Sinne des § 266 Abs. 3 HGB.
- (3) Sollte im Einzelfall rechtskräftig festgestellt werden, dass die Abfindungsregelung rechtsunwirksam ist, so ist die niedrigste noch zulässige Abfindung zu gewähren.
- (4) Fällt der Zeitpunkt des Ausscheidens auf das Ende eines Geschäftsjahres, ist für die Berechnung des Buchwertes der Beteiligung der handelsrechtliche Jahresabschluss der Gesellschaft auf das Ende dieses Geschäftsjahres maßgeblich. Fällt der Zeitpunkt des Ausscheidens nicht auf das Ende eines Geschäftsjahres ist der handelsrechtliche Jahresabschluss der Gesellschaft auf das Ende des letzten vor dem Zeitpunkt des Ausscheidens abgelaufenen Geschäftsjahres der Gesellschaft

maßgeblich; in diesem Fall steht dem ausscheidenden Gesellschafter zusätzlich ein des Jahresergebnisses (Jahresüberschuss oder -fehlbetrag) des zum Zeitpunkt des Ausscheidens laufenden Geschäftsjahres zu und zwar zeitanteilig entsprechend dem Verhältnis des zum Zeitpunkt des Ausscheidens bereits abgelaufenen Teil des Geschäftsjahres zum verbleibenden Geschäftsjahr.

- (5) Stille Reserven, ein Firmenwert und sonstige ideelle Güter sowie schwebende Geschäfte bleiben außer Ansatz, soweit sie nicht bilanziert sind.
- (6) Ist jedoch der auf die Beteiligung des ausgeschiedenen Gesellschafter entfallende Anteil an dem auf den Stichtag der Auseinandersetzungsbilanz nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Unternehmenswert der Gesellschaft niedriger, so ist dieser Wert maßgebend. Die Gesellschaft ist berechtigt, dies erforderlichenfalls durch ein Wirtschaftsprüfungsgutachten nachweisen zu lassen. Sofern sich Gesellschaft und ausgeschiedener Gesellschafter nicht auf einen Wirtschaftsprüfer einigen können, so ist die Gesellschaft berechtigt, diesen auf Antrag von der für die Gesellschaft zuständigen Industrie- und Handelskammer bestellen zu lassen.
- (7) Ein sich nach den obigen Bestimmungen ergebender positiver Wert der Beteiligung ist als Abfindungsguthaben des ausscheidenden Gesellschafter mit jährlich 2 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz zu verzinsen und in 5 gleichen Jahresraten zu tilgen. Die erste Tilgungsrate ist 6 Monate nach dem Ausscheiden fällig. Die Zinsen sind mit den Tilgungsraten zu entrichten. Die Gesellschaft ist jederzeit berechtigt, das Abfindungsguthaben ganz oder in größeren Raten auszuzahlen. Solange das Abfindungsguthaben des ausscheidenden Gesellschafter nicht festgestellt ist, sind die Tilgungsraten Abschlagszahlungen.
- (8) Wird durch die planmäßige Auszahlung der Abfindung der Fortbestand der Gesellschaft ernsthaft gefährdet und wird dies von dem Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft bestätigt, so können die Laufzeiten der Auszahlung angemessen verlängert werden und die Höhe der einzelnen Raten entsprechend gesenkt werden.
- (9) Für ausstehende Abfindungsguthaben kann der ausgeschiedene Gesellschafter eine angemessene Sicherheitsleistung von der Gesellschaft verlangen, wobei keine Bindung an die in § 232 BGB genannten Sicherheiten besteht.

§ 17

Beendigung der Gesellschaft

- (1) Der Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Landkreisen und dem Regionalverband.
- (2) Wird die Gesellschaft aufgelöst, bestimmt die Gesellschafterversammlung die Art der Durchführung und wählt die Liquidatoren. Sie bestimmt auch deren Vergütung.

§ 18

Bekanntmachungen

Soweit öffentliche Bekanntmachungen vorgeschrieben sind, erfolgen sie im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 19

Gründungsaufwand

Der Gründungsaufwand wird bis zu einem Gesamtbetrag von € 2.500,- von der Gesellschaft getragen.

§ 20

Salvatorische Klausel

(1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder unwirksam werden, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhalts nicht berührt.

Die weggefallene Bestimmung soll durch eine Regelung ersetzt werden, die deren Zweck am nächsten kommt.

(2) Auf das Gesellschaftsverhältnis finden ergänzend die Vorschriften des GmbH-Gesetzes Anwendung.

05.09.2017